

# Rechtsextreme werden Thema im Rat

*Politik zeigt sich alarmiert*

Leopoldshöhe. Mit den Veranstaltungen der rechtsextremen Szene in Greste will sich jetzt die Politik befassen. „Ich werde anregen, dass dieses Problem in unserer Fraktion und mit den anderen Fraktionen besprochen wird“, erklärte FDP-Fraktionsvorsitzender Dirk Eger auf LZ-Anfrage.

Dabei solle unter anderem erörtert werden, ob sich die Problematik öffentlichkeitswirksam angehen lässt. Zum Beispiel, indem man Eigentümer und Pächter von Gaststätten auf das Problem der Feiern von Rechtsextremen aufmerksam macht. Auch bei Freunden, Bekannten und Nachbarn des inzwischen geschlossenen „Ess-Werks“ wolle er einmal nachfragen, ob sie etwas zu dem Konzert sagen könnten, das Rechtsextreme dort im September veranstaltet hatten.

„Ich werde das Thema im Rat ansprechen“, erklärte Grünen-Fraktionsvorsitzender Jürgen Hachmeister. „Ich bin ziemlich erschüttert, dass so etwas in Leopoldshöhe stattgefunden hat.“ Wie alle befragten Fraktionsvorsitzenden erklärte auch Hachmeister, dass er von den Vorgängen keine Kenntnis gehabt habe. Bürger, Politiker und Verwaltung müssten für die Thematik sensibilisiert wer-

den, meinte er, „damit sie künftig auf Anzeichen reagieren“.

„Bisher sind wir in Leopoldshöhe weitestgehend von dieser Problematik verschont geblieben. Aber nun gilt es wohl, besonders wachsam zu sein nach dem Motto: Wehret den Anfängen“, schlug SPD-Fraktionsvorsitzender Dirk Puchert-Blöbaum in die gleiche Kerbe.

Dass der Staatsschutz Bielefeld von dem Konzert im September nichts gewusst habe, „stößt auf mein Unverständnis“, meinte CDU-Fraktionsvorsitzender Axel Meckelmann. „Er ist das Organ, das dafür zuständig ist.“ Auch Meckelmann sprach sich dafür aus, dass die Leopoldshöher Politik und Verwaltung darauf achten und das ihnen Mögliche tun sollte, „damit sich rechtsradikales Gedankengut bei uns nicht ausbreitet. Wir müssen noch hellhöriger werden.“

Ordnungsamtsleiter Jürgen Taron hat von den Aktivitäten der rechtsextremen Szene in Greste laut eigener Aussage ebenfalls nichts gewusst. „Wenn wir davon Kenntnis gehabt hätten, hätten wir Kontakt mit dem Staatsschutz aufgenommen und ihn informiert.“ Der sei in solchen Fällen die zuständige Behörde für die Gefahrenabwehr. (mib)